

27. Jahrgang, Ausgabe 2, September 2021

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

Ein Reisegruß zum Ausklang des Sommers

Diese Zeilen zur Betrachtung schreibe ich aus Reykjavik, wenn sie gedruckt zu lesen sind, bin auch ich wieder zurück in Magdeburg, und der spannende Alltag meiner neuen Betätigungsstätte im Landtag wird wieder volle Fahrt aufgenommen haben. Momentan blicke ich über eine ruhige Meeresbucht mit gewaltigen, schroffen Hügeln und immer noch einsamen Bergketten in der Ferne, dann werde ich auf den innerstädtischen Verlauf eines der großen deutschen Flüsse schauen und hoffen, dass wir auch in den kommenden Jahren gut mit der Elbe werden leben können.

Aus dieser Ausgabe

Sommerausklang	1
Nachlese zur Landtagswahl Blick auf die Bundestagswahl	3
Das wird man doch noch mal sagen dürfen!	7
Zur Zukunft der freien Schulen in Sachsen-Anhalt	7
Kohlendioxid (CO ₂) - Umweltgift oder Lebenselixier?	9
Mit Kindern (vor)lesen	12
Zugehörigkeit zur Kirche	15
Kinderliteratur- tipp	16



Skulptur am Hafen, die „Sonnenfahrer“ Foto Stehli

Wir leben immer noch in herausfordernden Zeiten, das klingt abgedroschen und inzwischen nach Klischee, aber bei auch schnellem Nachdenken stellen wir fest, dass es stimmt. Wir leben immer noch mitten in einer Pandemie, die wir, ebenso wie die Maßnahmen, die zur Eindämmung ergriffen werden, nicht immer verstehen oder nachvollziehen können, aber wir merken, dass es durchaus ernst ist, dass der weltweite Umfang zu einschneidend ist, als dass dahinter bloß Übervorsichtigkeit stecken könnte.

Diese Pandemie ist einerseits unbestreitbar real und hat unser aller Leben verändert – und wird dieses auch noch tun, doch andererseits,

anpassungsfähig, wie wir Menschen nun einmal sind, haben wir gelernt, mit ihr zu leben, sie im Alltag einzuhegen und alles daran zu setzen, einen Modus Vivendi irgendwie zu finden, den wir dann als „neue Normal“ definieren. Dass dennoch dabei vieles im Fluss bleibt, spüren wir dennoch tagtäglich neu. Die pandemische Lage hat tief in das Dasein von vielen Menschen eingegriffen, hat Existenzen bedroht oder gar vernichtet, hat das Schulleben auf den Kopf gestellt und zwischen Homeoffice und digitaler Welt, Abstand und Hygieneregeln einen immer wieder neu auszutarierenden gesellschaftlichen Raum geschaffen. Und doch, wir mögen, wenn es irgend geht, auf manches einfach nicht verzichten. Dazu gehört das Reisen. Anstatt einfach brav daheim zu bleiben und im Wald Spaziergänge zu machen oder am Fluss entlang oder durch die Parks oder die Felder, wollen viele Menschen heraus, einfach woanders hin, etwas anderes sehen. Und so studieren wir Ein- und Ausreisebestimmungen, wägen Hochinzidenzgebiete gegen Quarantäneregelungen ab, fragen uns, welche Einschränkungen oder Veränderungen den Urlaub nicht grundlegend gefährden – und reisen dann. Dieses Jahr geschieht vielleicht ein wenig mehr im Inland, aber auch alle Gebiete der Welt, wo es noch vertretbar ist, verzeichnen deutschen Besuch. Und das geht allen Völkern so: hier auf Island, voller großartiger und geheimnisvoller Natur in unglaublicher Vielfalt, bin ich in den letzten Tagen Menschen aus fast allen Kontinenten begegnet (nur die Australier fehlen angesichts dort geschlossener Grenzen auffällig). Die Insel aus Feuer und Eis ist längst kein „Insider-tip“ mehr. Da füge ich mich gerne ehrlicherweise mit ein: Dass ich noch nicht hier war, war mit einer der Gründe, jetzt kurzentschlossen hierhin zu reisen. Aber auch das virtuelle „an den Ketten zerren“ gehörte nach Pandemiemüdigkeit und -einschränkungen dazu, war ich doch bis dato ein vielreisender Mensch.

Selbstverständlich werden wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Veränderungen, die wir Menschen erzeugen, auch bei unserer Art und Weise des Reisens berücksichtigen müssen. Übertourismus muss entzerrt, Klimaschaden anderweitig angegangen werden müssen. Aber ich glaube nicht, dass wir Menschen uns auf unsere nächste Umgebung allein werden beschränken. Unsere Fähigkeiten werden wir dafür einsetzen, gute Reisemöglichkeiten zu schaffen, manche Gewohnheiten zu wechseln, anzupassen (sie den Veränderungsdruck bei Kreuzfahrten), aber wir werden nicht auf das Reisen verzichten, nicht die reale Bewegung im Regelfall durch den Bildschirm ersetzen. Wir Menschen bleiben manchmal interessiert, manchmal neugierig, manchmal wissensdurstig, manchmal routineunterbrechend: in jedem Fall werden wir auch

weiterhin über Harz und Altmark und das nicht nur von mir oft durchwanderte mittlere Saaletal („Dort Saaleck, hier die Rudelsburg“) hinaus in die Ferne ziehen. Nun bin ich nicht Anthropologe genug, um die Anlagen unseres Reisedrangs zu klären oder gar zu erklären bis hin zu ihren tiefen entwicklungsgeschichtlichen Wurzeln, stelle aber schlicht empirisch fest: Reisen war immer, Bewegung war immer, und Reise hatte, wenn nicht durch Flucht, Vertreibung, Krieg oder Zwang veranlasst, einen guten, positiven Klang. Fragen sie sich selbst: in der Regel verbindet sich Reise mit Erwartung, Vorfreude, Gespanntsein. Keine Regel ohne Ausnahme, gewiss, aber das Vermiesen von Reiselust gehört den unklugen Ansätzen, die, zumindest nach meiner Einschätzung, auch die Politik wie die Gesellschaft vermeiden sollte. Und wenn Sondersituationen Einschränkungen erfordern, dann ist es unser aller Aufgabe, diese sinnvoll zu überwinden, nicht belehrend zu verlängern, um einem erzieherischen Impuls zu folgen.



Stephen Gerhard Stehli ©Foto Rayk Weber

Reisen ist Bewegung, ist Anregung, fördert Anregung und bringt Menschen außerhalb wie daheim ins Gespräch. Das ist wichtig. Wer reist, selbst als Pauschaltourist, kommt mit Neuem, Anregendem, auch manchmal Anstrengendem in Berührung. Das tut uns Menschen gut. Wir sollten somit auch reisen, wenn wir es denn körperlich können, um auch mit Geist und Seele beweglich, aufgeschlossen und zugewandt zu bleiben. Wieviel Wahrheit steckt in der uralten Aussage: „Reisen bildet“. Bildung indes, und zwar lebenslang, tut Not. Sie ist ein wesentlicher Faktor der Resilienz gegen Engstirnigkeit, Selbstbezogenheit und auch Aggression. Sie vermag nicht alles, aber auf Bildung kann,

auch durch Reisen, für eine lebensfähige und lebenswerte Zukunft auch in Deutschland meines Erachtens nicht verzichtet werden.

Das Christentum, unser Glaube an eine Einordnung durch Liebe und Zuwendung über die Grenzen der Welt hinaus wie innerhalb der Welt selbst, war von Anfang an eine Reisereligion. Jesus von Nazareth war beständig unterwegs von Galiläa durch Samarien und Judäa nach Jericho und nach Jerusalem (wo doch auch so viele hinreisen wollen, zumindest einmal im Leben!), und seine Worte und Gleichnisse umfassen oft entsprechende Erlebnisse, bis hin zur Dramatik beim Barmherzigen Samariter. Mit seinen lebenslangen Wanderreisen geht Jesus damit stets von sich aus auf die Menschen zu, und er hat damit, so sind wir als Christenmenschen überzeugt, bisher nicht aufgehört, weder in Sachsen-Anhalt noch an den Gestaden Islands! Paulus von Tarsus bediente sich zwar der modernsten Kommunikationsmedien seiner Zeit – dem Briefeschreiben, und zwar auch in Serie. Bei der Verkündigung des Glaubens an Gott in Jesus Christus wusste er aber, wie wichtig das Reisen von Ort zu Ort war und ist, und seine Erfahrungen flossen immer in seine Predigten ein. Wahrscheinlich ist er in seinem Leben noch viel weiter und ferner gereist, als wir es von seinen in der Apostelgeschichte geschilderten Reisen kennen. Begegnung, Bewegung, Anregung, Austausch – in solcher persönlichen Reiseerfahrung breitete sich auch die Sache Jesu aus, und das geschieht bis heute. Jesus hat den Jüngern und damit auch uns die Aufforderung ja mitgegeben, die nicht lautet: schreibt lange Briefe (oder Betrachtungen; auch wenn die ihren Ort und ihre Zeit haben mögen), sondern, Matthäi am Letzten: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!“ Der Missionsauftrag bleibt unverändert, unverzichtbar und aktuell. Persönlich habe ich festgestellt, dass die Zeit des Reisens auch immer eine gute Zeit ist, um ungezwungen über Fragen des Glaubens, der Religion ins Gespräch zu kommen. Auf noch bisher jeder längeren Fahrt ist mir das gelungen, und selten zum Nachteil, häufig aber zum Gewinn. Es ergibt sich einfach manchmal so, und vielleicht ist gerade das vom Heiligen Geist gewirkt.

Noch blicke ich auf das Meer bei Reykjavik. Die Farben haben sich verändert. Zeit, sich auf den Weg zu machen. Und so soll auch hier am Schluss, angemessen und passend, der Wunsch aus dem berühmten irischen Reisesegen stehen:

„Und bis wir uns wiedersehen, halte Gott dich fest in seiner Hand!“

Gott befohlen!

Stephen Gerhard Stehli MdL

Mitglied des EAK-Landesvorstandes

Nachlese zur Landtagswahl Erwartungen an den neu gewählten Landtag Blick auf die Bundestagswahl



Jürgen Scharf Foto: K. Wiegand

Fünf Jahre Kenia-Koalition zwischen CDU, SPD und GRÜNE liegen hinter diesem Land. Eine Wahlperiode, die viele Besonderheiten in der noch recht jungen Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt aufwies. Diese Dreierkoalition ist deshalb nur sehr bedingt mit den Vorgängerkoalitionen vergleichbar. Ihr größter Verdienst ist wahrscheinlich, dass sie nicht zerbrach.

Unsere Gesellschaft unterliegt gegenwärtig einem Differenzierungsprozess, der oft schon als ein Aufspalten interpretiert wird. Ein Aufspalten, das über eine Differenzierung weit hinaus geht. Gesellschaftliche Gruppen scheinen nicht mehr gewillt zu sein, auf demselben gesellschaftlichen Fundament zu stehen. Sie haben sich gegenseitig z.T. nichts mehr zu sagen. Sie hören sich auch nicht mehr zu. Die sogenannten sozialen Medien tragen erheblich dazu bei, dass man sich in seiner eigenen „Blase“ bewegen und bestätigen lassen kann, ohne die Kritik von Dritten überhaupt noch wahr- oder gar ernst zu nehmen. Diese Entwicklung ist auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten, ja in den USA scheint sie schon erschreckende Ausma-

ße angenommen zu haben.

So gesehen lief die Wahl in Sachsen-Anhalt halbwegs „vernünftig“ ab. Gleichwohl hat es erhebliche, vor wenigen Jahren noch schlecht vorstellbare, dramatische Veränderungen in der Wählergunst zu einzelnen Parteien gegeben. Dieses soll hier bis auf eine Anmerkung nicht weiter analysiert werden: Alle demokratischen Parteien hatten vor der Wahl erklärt, nach der Wahl nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen. Es war unklar, ob diese Zusage nicht zu einer äußerst schwierigen Ausgangslage für eine mögliche Regierungsbildung führen könnte. In Anbetracht dieser Sorge hat wohl eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Wählern taktisch gewählt, so dass die CDU einen Stimmenanteil erreicht hat, der ihr in einer anderen Ausgangslage vielleicht so nicht gelungen wäre. Auf alle Fälle wollten viele Wähler eine starke, stabilisierende und regierende CDU. Viele persönliche Erfahrungen an den CDU-Wahlkampfständen bekräftigen diese Einschätzung professioneller Meinungsforscher. Dem Ministerpräsidenten Dr. Haseloff kam mit seiner klaren Absage an die AfD gewiss eine besondere Rolle zu, die an der Wahlurne honoriert wurde.

So haben Christen gewählt: Die ev. Wochenzeitung „Glaube und Heimat“¹ berichtete hierzu wie folgt:

Magdeburg (idea): Bei der Landtagswahl am 6. Juni in Sachsen-Anhalt hat fast die Hälfte der Protestanten und Katholiken die CDU gewählt. Das geht aus einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen hervor. Danach stimmten 46 Prozent der evangelischen und 48 Prozent der katholischen Wähler für die Christdemokraten. Zweitstärkste Kraft war bei beiden Konfessionen die AfD (Protestanten: 14 Prozent, Katholiken: 17 Prozent). Die SPD war bei den Protestanten (10 Prozent) beliebter als bei den Katholiken (7 Prozent), bei Bündnis 90/Die Grünen war es umgekehrt (Protestanten: 6 Prozent, Katholiken: 8 Prozent). Die Partei „Die Linke“ wählten 8 Prozent der Protestanten und 6 Prozent der Katholiken. 15 Prozent der Bürger von Sachsen-Anhalt gehören einer der beiden großen Kirchen an: 3,3 Prozent sind katholisch und 11,7 Prozent evangelisch.

Hieraus kann man eine gewisse Zuneigung zu demokratischen Parteien ablesen. Die Christen und Kirchen müssen aber ernst nehmen, dass eine beträchtliche Zahl ihrer Mitglieder der Auffassung sind, dass die AfD die richtigen gesellschaftlichen Ziele vertritt.

Erwartungen an den neu gewählten Landtag

Das Wahlergebnis lässt verschiedene Koalitionen zu. Alle haben ihre Vor- und auch ihre Nachteile. Aber

keine demokratische Koalition geht ohne die CDU. Die Wahlprogramme möglicher Koalitionspartner weisen eine genügend große Schnittmenge für eine Regierungsbildung auf. Auch kennen sich die handelnden Personen so gut, dass genügend persönliches Vertrauen für eine Regierungsbildung vorhanden ist oder aufgebaut werden kann. Die Wahlprogramme sind durchaus sehr unterschiedlich. Nur Einiges wird man gemeinsam umsetzen können. Auch in der letzten Wahlperiode wurden nur Teile des geschlossenen Koalitionsvertrages tatsächlich verwirklicht. Ein Koalitionsvertrag ist kein einklagbares Gesetz, sondern lediglich ein gegenseitiges politisches Versprechen. Das verschafft Handlungsfreiheit, birgt aber auch immer die Gefahr des Scheiterns in sich.

Zur Zeit des Redaktionsschlusses für diesen Rundbrief zeichnet sich eine wahrscheinliche Koalitionsbildung aus CDU, SPD und FDP ab. Eine solche Koalition kann funktionieren. Die gemeinsamen Schnittmengen sind groß genug. Die handelnden Personen kennen sich größtenteils, so dass Fehleinschätzungen vermieden werden können. Aus den Wahlprogrammen von CDU (83 Seiten), SPD (80 Seiten) und FDP (75 Seiten) [nachrichtlich GRÜNE (164 Seiten)] ist ein Koalitionsvertrag von 157 Seiten geworden. Schauen wir uns diesen etwas näher an. Dazu wählen wir das Beispiel „Umgang mit der Windenergie“:

Einige Auszüge aus den Wahlprogrammen von CDU, SPD, FDP und den GRÜNEN sollen die Ausgangslage skizzieren. (Die Seitenzahlen in den runden Klammern beziehen sich auf die jeweiligen Wahlprogramme bzw. den Entwurf der Koalitionsvereinbarung.)

CDU-Wahlprogramm:

Die regenerativen Energien sind künftig vollumfänglich in die Systemverantwortung zu überführen. Die Lasten für den Systemwechsel der Energieerzeugung dürfen nicht die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft beeinflussen. Erneuerbare Energien müssen zur Bürgerenergie weiterentwickelt werden. Vor-Ort-erzeugter Strom muss für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort kostengünstiger zur Verfügung stehen, um die Akzeptanz gegenüber Biogas, Photovoltaik und Windkraft zu steigern. Kommunen sollen pro erzeugte Kilowattstunde erneuerbarer Energie angemessene laufende Abgaben erhalten. Diese kann unter anderem für neue Infrastruktur im Energiebereich genutzt werden. (S. 11)

Den Ausbau von Windkraft- und PV-Anlagen steuern: Bei jedem gewerblichen Neubau von Windkraft- und PV-Anlagen muss auch die Gemeinschaft vor Ort profitieren, denen entsprechende Belastungen zugemutet werden. Deshalb sollen die Kommunen eine ange-

¹GLAUBE + HEIMAT Nr. 24 vom 13. Juni 2021 S. 2 So haben Christen gewählt

messene laufende Abgabe erhalten. Dazu sind die Voraussetzungen (Änderung Kommunalverfassungsgesetz usw.) zu schaffen.

- Erneuerbaren Energien auf Brach- und Konversionsflächen sowie stillgelegten Deponien Vorrang einräumen: Sie haben Priorität vor der Ausweisung neuer Vorranggebiete. Windenergieanlagen im Wald lehnen wir ab. Sie sollen einen weitestmöglichen Abstand zu Wohnbebauungen haben. Ackerflächen, mit einem unzureichenden Ertragswert, sollen in begrenztem Umfang für regionale Projekte genutzt werden können. (S. 69)

SPD-Wahlprogramm:

Deshalb brauchen wir:

- ausreichend Flächen für erneuerbare Energien. Die Modernisierung vorhandener Windkraftanlagen (Repowering) in Vorranggebieten muss konsequent umgesetzt werden. Dabei müssen die jeweiligen Kommunen und die Bürger*innen vor Ort einen direkten Mehrwert von den regionalen und umweltfreundlichen Energiequellen generieren können (S. 52)

- keine Windkraft im Wald und in direkten touristischen Hotspots des Landes (S. 52)

FDP-Wahlprogramm:

Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen für ihr Leben, wie und wo sie leben wollen. Für uns sind Stadt und Land als Lebensräume gleichwertig, gerade in ihrer Unterschiedlichkeit. Die zunehmenden Unterschiede bergen das Risiko, dass das Verständnis füreinander abnimmt und etwa vom grünen Tisch in der Großstadt Entscheidungen getroffen werden, die das Leben auf dem Land erheblich beeinträchtigen. Gerade im Ringen um einen konsequenteren Schutz von Klima und Umwelt hat es oft den Anschein, dass der ländliche Raum und die Land- und Forstwirtschaft von den Forderungskatalogen der Menschen, die in unseren Großstädten leben, überfordert sind. So gelten etwa Windkraftanlagen in den Städten als wertvoller Baustein zum Klimaschutz, während sie auf dem Land als Lärmbelästigung, tödliche Falle für Vögel, Fledermäuse oder Insekten und insgesamt als erhebliche Einschränkung der Lebensqualität wahrgenommen werden. Wir wollen die zentralen Qualitäten des Landlebens, wie die größere Naturnähe oder die größere soziale Nähe, stärken, gleichzeitig eine öffentliche Infrastruktur vorhalten, die das Leben auf dem Land attraktiv macht. So entsteht Landlust statt Landfrust. (S. 36)

EFFEKTIVE CO2-EINSPARUNG DURCH ZUSÄTZLICHEN WALD STATT DURCH NOCH MEHR WINDRÄDER Wir Freie Demokraten wollen, dass die Klima- und Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik wird. Heute werden den Menschen die Ziele der

Klimapolitik mit immer neuen Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben aufgezwungen. Wir wollen marktwirtschaftliche Anreize und keine Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher Gängelung. Fixierung auf den Ausbau einzelner Energiesektoren, wie z. B. die Windenergienutzung, verteuert das Leben der Menschen und bringt nicht den besten Nutzen für unser Klima. Mit planwirtschaftlicher Bevormundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für die beste Lösung bei der CO₂-Einsparung. (S. 42)

GRÜNE-Wahlprogramm:

Die jährlichen Zubauraten an regenerativer Energie wie Windenergie, Photovoltaik, Bioenergie und solarthermischen Großanlagen müssen deshalb deutlich größer werden. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Sachsen-Anhalt einen konkreten Plan mit Zwischenzielen 2025 und 2030 zum Ausbau der regenerativen Strom- und Wärmeversorgung erstellt, mit dem bis 2035 Klimaneutralität erreicht wird. Dazu müssen geeignete Flächen erfasst und vorrangig bereitgestellt werden. (S. 9)

Repowering vorantreiben

Wir setzen zudem auf Repowering, die Erneuerung der bestehenden Windkraftanlagen, um mehr Windenergie mit neuer und effizienter Technik in Sachsen-Anhalt zu produzieren. Wir nehmen den Interessenkonflikt zwischen Naturschutz und Windenergieausbau ernst. Daher gilt es, den Leitfaden „Artenschutz an Windenergieanlagen“ von Sachsen-Anhalt anzuwenden und fortzuschreiben. Technologien zur Minimierung von Kollision mit Vögeln und Fledermäusen durch automatische Abschaltvorrichtungen sind entsprechend der naturschutzfachlichen Notwendigkeit bei allen Neuplanungen und Repowering-Maßnahmen konsequent einzusetzen. Die Forschung auf Bundes- und Landesebene zum Abbau von Konflikten zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung wollen wir unterstützen. Die bereits umgesetzten Regelungen auf Landesebene fördern die Installation neuer leistungsstarker Anlagen in den Windvorrang- und Eignungsgebieten unter Achtung von Arten- und Naturschutz. Für die komplexen und umfassenden Genehmigungsprozesse wollen wir eine bessere Personalausstattung in den Genehmigungsbehörden. (S. 9)

Um mehr Windenergie zu gewinnen, braucht es mehr Flächen für Windkraft. Wir wollen im Landesentwicklungsgesetz als Ziel verankern, dass mindestens zwei Prozent der Landesfläche als Windvorrang- oder Eignungsgebiete in den regionalen Entwicklungsplänen ausgewiesen werden. Wir unterstützen Maßnahmen zur rechtssicheren Umsetzung von Repowering an Standorten mit hoher Akzeptanz. Potential sehen wir dabei insbesondere in der Nähe von Straßen,

Bahn- und Stromtrassen. Naturschutzfachlich wertvolle Waldflächen mit Schutzstatus sind für uns tabu. Für Wälder ohne Schutzstatus sollte hingegen die Errichtung von Windenergieanlagen nicht von Vorneherein ausgeschlossen werden. Dies könnte insbesondere für artenarme und gleichförmige Nadelholzmonokulturen, wie Kiefern- und Fichtenwälder und durch den Klimawandel geschädigte Wald – und Forststandorte gelten. Eine vom Landesamt für Umweltschutz (LAU) erstellte Positivliste soll die Standorte angeben, damit es nicht zu Konflikten mit Arten- und Naturschutz kommt. (S. 10)

Man kann aus dieser Synopse erkennen, dass eine Einigung zwischen CDU, SPD und FDP ohne große Schwierigkeiten möglich war. Mit den GRÜNEN hingegen hätte es sicher schwierige, aber durchaus mögliche, Verhandlungen gegeben, denn die GRÜNEN sind dafür, Windenergieanlagen zukünftig auch im Wald zu errichten. Die Ausführungen zum Artenschutz würden bei einer solchen Einstellung im Zweifel wahrscheinlich recht konsequent „weggewogen“.

Umweltschutz sieht für die CDU konkret und berechenbar aus. So ist es im Ergebnis auch in der Koalitionsvereinbarung verankert worden. Hier einige Auszüge aus dem Entwurf der Koalitionsvereinbarung:

Energie pro Klima – Sachsen-Anhalts Vorreiterrolle stärken

Deshalb muss es weiterhin gelingen, Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang zu bringen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Der Schlüssel für eine sichere und preiswerte Energieversorgung liegt in einer Technologieoffenheit bei der Energiegewinnung und bei der Energienutzung. [...] (S. 66)

Die regenerativen Energien sind künftig vollumfänglich in die Systemverantwortung zu überführen. Die Lasten für den Systemwechsel der Energieerzeugung dürfen nicht die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft beeinflussen. Erneuerbare Energien müssen zur Bürgerenergie weiterentwickelt werden. Vor Ort erzeugter Strom muss für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort kostengünstiger zur Verfügung stehen, um die Akzeptanz gegenüber Biogas, Photovoltaik und Windkraft zu steigern. [...] (S. 67)

Wir stehen zum gesetzlich festgelegten Kohleausstiegspfad. Sollte das Energiewende Monitoring jedoch ergeben, dass eine sichere und kostengünstige Energieversorgung nicht gewährleistet ist, wird die Landesregierung auf eine Anpassung des Kohleausstiegsgesetzes und der Energiegesetze hinwirken. [...] (S. 67)

Photovoltaikanlagen sind neben der Windkraft das zentrale Element einer zukunftsweisenden Energieversorgung. Die Errichtung dieser Anlagen soll vorrangig auf Dächern und Konversionsflächen erfolgen, aber

auf landwirtschaftlichen Flächen ebenfalls ermöglicht werden. Für Freiflächen-Photovoltaik und deren Akzeptanz ist eine planerische Lenkung erforderlich, um Anlagen in Vorrangflächen des Naturschutzes zu vermeiden und naturschutzfachliche Vorgaben einzuhalten. (S. 67)

Damit ist nur kurz umrissen, wie die Rahmenbedingungen für einige erneuerbare Energien entwickelt werden sollen. Ein Verbot der Windkraft im Wald wird allerdings nicht explizit aufgeführt. So lange nach dem Landeswaldgesetz unseres Landes dieses ausgeschlossen ist, bleibt dieser Ausbau auch tabu. (§8 Abs.1 Landeswaldgesetz²)

Blick auf die Bundestagswahl

Oft unterscheiden sich Umfrageergebnisse, auch kurz vor einer Wahl, und Wahlergebnisse erheblich voneinander. Eine bedeutende Anzahl von Wählerinnen und Wählern entscheidet sich offensichtlich erst kurzfristig. Deshalb haben aktuelle Entwicklungen mitunter einen großen Einfluss auf das Wahlergebnis. Der Autor dieses Artikels hält Programme zur Entscheidungsfindung für wichtig, weiß aber auch, dass ihre mediale Vermittlung mindestens genauso bedeutend ist. Es wird also darauf ankommen, dass die Kandidaten **zugleich** sachlich kompetent, vertrauenswürdig und durchsetzungsfähig sind. Die klaren Aussagen des Spitzenkandidaten Dr. Haseloff der CDU zur Landtagswahl zur Politik der AfD fanden parteiübergreifend Anerkennung und letztlich auch ihre Würdigung in einem sehr guten Wahlergebnis für die CDU auf Landesebene.

Ein ähnliches Wahlverhalten wird wohl auch für die Bundestagswahl zu erwarten sein. Die Bundesregierung sieht sich gegenwärtig in verschiedenen, nicht erwarteten, Krisen herausgefordert. (Zum Beispiel die Bekämpfung der Corona-Pandemie und der Umgang mit der Kapitulation in Afghanistan) Gleichzeitig muss der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft halbwegs wirtschafts- und sozialverträglich vorangetrieben werden.

Kein Politiker kann all diese Herausforderungen gleichzeitig ohne Verwerfungen steuern. Was aber von jedem Spitzenpolitiker erwartet werden muss, ist sein glaubwürdiges Bemühen, die Herausforderungen anzupacken, Lösungswege aufzuzeigen und beharrlich nach Mehrheiten und geeigneten Personen zu suchen, die ihm gestatten, diesen Weg zu gehen.

Armin Laschet hat als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bisher gezeigt, dass er diese Fähigkeiten hat und seine Politik sogar mit einer nur knappen Mehrheit im Parlament umsetzen kann.

²<https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/jlr-WaldGST2016p8>

weitere Quellen: (Wahlprogramme und Entwurf der Koalitionsvereinbarung)

CDU: https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/regierungsprogramm_lpt-final_1906.pdf

SPD: <https://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/ltw2021-wahlprogramm.pdf>

FDP: <https://home.fdp-lsa.de/ltw21.pdf>

GRÜNE: <https://www.gruene-lsa.de/wahlprogramm/>

Entwurf Koalitionsvertrag: https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/entwurf_eines_koalitionsvertrages_2021.pdf

Jürgen Scharf

Vorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Das wird man doch noch mal sagen dürfen!

Ob über Meinungsfreiheit gestritten wird, über das Vordrängeln oder über die Ausgrenzung: das Alltagsverhalten wird in vielen Situationen durch fest verankerte Wertvorstellungen geprägt. Matthias Viertel betrachtet die religiösen Fundamente dieser viel diskutierten Fragen.

„Das wird man doch noch mal sagen dürfen!“ – Mit dieser Floskel beginnen häufig Meinungsäußerungen, die sich gegen den politischen Mainstream richten. Das klingt dann so, und soll wohl auch so klingen, als gäbe es in unserer Gesellschaft ein Sprechverbot oder sogar ein Denkverbot. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Kaum ein Gut wird bei uns so hochgehalten wie die Meinungsfreiheit. Und das nicht etwa, weil sie wirklich bedroht wird, sondern weil es Ausdruck der Demokratie ist. Demokratie kann nur funktionieren, wenn jeder Mensch, Mann wie Frau, Große und Kleine, wenn alle sagen dürfen, was sie im Geiste beschäftigt.

Allerdings hat diese Maxime auch eine Kehrseite, denn unser friedliches Zusammenleben funktioniert auch nur dann, wenn nicht alle gleich öffentlich hinausposaunen, was ihnen gerade durch den Kopf geht. Es geht nicht immer nur um das, was als Wahrheit empfunden wird, manchmal steht auch die Rücksichtnahme im Vordergrund oder schlicht die Höflichkeit. Es dient nicht dem Frieden, wenn ich andere Menschen beleidige und das als Meinungsfreiheit ausbebe. Es ist nicht förderlich, anderen um die Ohren zu schlagen, was ich von ihnen halte. Und es ist erst recht nicht moralisch gerechtfertigt, mit dem Argument der Meinungsfreiheit im Internet anonym über Menschen herzufallen.

Paulus hat das Problem, wie zwischen Meinungsfreiheit und Zurückhaltung abzuwägen ist, im Korintherbrief zum Ausdruck gebracht: „Alles ist zwar erlaubt,

aber nicht alles frommt!“ Mit diesem prägnanten Satz will er sagen: Im Prinzip kannst du wohl denken, was du willst, aber trage dann auch die Folgen, wenn du deine Meinung äuserst. Du kannst wohl sagen, was du willst, aber du musst es nicht! Vor allem dann nicht, wenn du anderen damit schadest.

Meinungsfreiheit heißt (oder bedeutet), persönliche Gedanken nicht zu zensieren. Aber sie dürfen nicht mit der Wahrheit verwechselt werden. Meinungen sind in erster Linie persönlich, eine anonyme Meinung ist ein Widerspruch in sich selbst. Und noch etwas ist wichtig, wenn wir die *Freiheit* der Meinung hochhalten. Paulus fügt seinen Gedanken den Hinweis hinzu: „Wo aber der Geist Gottes, da ist Freiheit.“ (2. Korinther 3,17) Also: „Das wird man doch noch mal sagen dürfen!“ – Ja, das darf man, aber gut ist es, dabei auch zu bedenken, in wessen Geist ich mich äußere.

Matthias Viertel, Pastor im Ruhestand aus Kiel
NDR-Morgenandacht am 12.7.2021

Mit freundlicher Genehmigung der Kirchenredaktion des NDR

Die Zukunft der Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen-Anhalt

Dies war der Titel einer Online-Veranstaltung, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit der Katholischen Akademie des Bistums Magdeburg zum 24. Juni 2021 eingeladen hatte. Die Moderation wurde dem EAK-Landesvorsitzenden Jürgen Scharf übertragen.

Nach der Begrüßung durch Frau Alexandra Mehnert (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) und Herrn Akademiedirektor Dr. Reinhard Grütz (Katholische Akademie des Bistums Magdeburg) wurden die Diskutanten vorgestellt: Dr. Dietrich Lührs (Vorstand des Kuratoriums des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg e.V. und Schulleiter des Ökumenischen Domgymnasiums), Steffen Lipowski (Pädagogischer Vorstand der Edith-Stein-Schulstiftung) und Stephen Gerhard Stehli (am 6. Juni 2021 neu gewähltes Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, CDU).

Herr Scharf verwies auf die Entstehungsgeschichte der freien Schulen in Sachsen-Anhalt nach der friedlichen Revolution 1989. Diese sind oft auf die Initiative engagierter Eltern, Lehrer, Personen des öffentlichen Lebens und der Kirchen zurückzuführen. Die Trägerlandschaft ist inzwischen recht breit aufgefächert. Im allgemeinbildenden Bereich besuchen knapp 10% der Schülerinnen und Schüler freie Schulen, im berufsbildenden Bereich sind es gar 15% und in den Sozialberufen ca. 60 bis 80%. Die Diskussion konzentrierte sich auf die allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft.

Alle Kinder haben das gleiche Recht auf Bildung. Warum gibt es überhaupt Schulen in freier Trägerschaft? Es gibt sie, weil nach Artikel 7 Grundgesetz und Artikel 28 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft gewährleistet wird. Damit wird eine Pluralität der Bildungslandschaft gesichert und der Elternwille respektiert. Diese Schulen unterliegen der staatlichen Schulaufsicht und müssen z.B. gewährleisten, dass „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Näheres wird durch Gesetz und Verordnungen geregelt. Und da sind wir schon bei der Einigkeit im Grundsatz und beim Streit im Detail.

Dr. Lührs führte unter anderem aus, dass ein kurzer Blick zurück und eine Bestandsaufnahme folgendes Bild vermittelt: Freie Schulen sind mehr als nur eine Bereicherung der Bildungslandschaft, sie sind wichtiger Bestandteil des Schulwesens. Sie sind häufig Motor und Wegbereiter für pädagogische Entwicklungen, beispielhaft sei nur das Fach Lernmethoden in Sachsen-Anhalt genannt. Es ist ein großer Vorteil, dass sich freie Schulen selbst organisieren können. Sie können sich ihre Lehrer, Schüler und Eltern aussuchen und umgekehrt. Im Idealfall bilden sie eine Wertegemeinschaft. Sie können schneller und unbürokratisch Entscheidungen treffen, auch wenn die oberen Schulbehörden uns gelegentlich daran hindern wollen. Freie Schulen sind also feste Größen aufgrund ihrer pädagogischen Alleinstellungsmerkmale und ihrer Strukturvorteile. Sie sind erheblich kostengünstiger. Eigentlich müsste der Staat an möglichst vielen freien Schulen interessiert sein.

Herr Lipowski verwies auf weiterhin ungeklärte Finanzierungsfragen. Welche Finanzaufweisungen des Landes benötigen die freien Schulen, damit das notwendigerweise zu erhebende Schulgeld nicht die Grenze des Sonderungsverbot erreicht? Denn die freien Schulen wollen für jedes Kind, unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern, offen sein. Auch ist es immer wieder so, dass der von Verfassungsgeber gewollte Wettbewerb der Schulen von Behörden als lästige Konkurrenz empfunden wird. Dies äußert sich dann in unterschiedlicher Gewährung von Zuschüssen und Ungleichbehandlung in Genehmigungen, worüber noch zu sprechen sein wird. So verwies Herr Keune (Internationales Stiftungsgymnasium Magdeburg) z.B. auf die Notwendigkeit der Schaffung von Stellen für die Schulsozialarbeit, was aber in der Refinanzierung nicht vorgesehen sei.

Herrn Abg. Stehli, neues Mitglied im Landtag, ist die Arbeit der freien Schulen nicht fremd. Besuchte er doch als Schüler zeitweilig eine freie Schule, war jahrelang im für Bildung zuständigen Ministerium

auch für rechtliche Angelegenheiten der Schulen mit zuständig und ist seit Jahren Mitglied im Trägerverein der ökumenischen Schulen in Magdeburg. Im Landtag will er sich für die Sicherung der inneren Gestaltungsfreiheit dieser Schulen einsetzen. Die Autonomie muss gewährleistet sein, ja auch die staatlichen Schulen benötigen eine größere Autonomie und eine größere eigene Gestaltungsfreiheit, z.B. bei der Personal- und der Sachausstattung. Die Schritte auf diesem Weg waren in der Vergangenheit zu klein. Freie Schulen brauchen endlich eine klare und feste Finanzierung. Weitere Gutachten helfen da wohl kaum weiter. Herr Scharf brachte den Vorschlag ein, doch auf die weitere Anfertigung von Gutachten zu verzichten und stattdessen durch das Parlament eine unabhängige „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes“ zu berufen. Das Ergebnis dieser Kommission kann dann schlecht von Landtag und Landesregierung übergangen werden. Was bestellt wird (an Unterricht und Erziehung) muss dann auch durch den Staat, abzüglich des zu erbringenden Eigenanteils des Schulträgers, bezahlt werden. (Eine begriffliche Nähe zur Ermittlung des Finanzbedarfes anderer öffentlicher Aufgaben ist durchaus gewollt.)

Auf einer Online-Veranstaltung des VdP¹ am 26. Mai 2021 im Vorfeld der Landtagswahl bekannten sich alle Diskutanten zur Arbeit der freien Schulen und versicherten, in der neuen Wahlperiode einen Neustart in der Finanzierung derselben anzustreben. Weitere Gutachten helfen nicht weiter².

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion (trotz des Online-Formates der Veranstaltung): Staatlichen wie freien Schulen bereitet der Lehrermangel große Sorgen. Eine Möglichkeit der Abhilfe besteht im Akquirieren von Seiteneinsteigern. Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, wie mühsam es sein kann, die bei ihnen bisher fehlende pädagogische Ausbildung nachzuholen, um ein Scheitern vor der Schulklasse zu verhindern. Die freien Schulen wissen dies und begleiten diese neuen Lehrkräfte entsprechend. Trotzdem, so berichtet der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Privatschulen, Herr Banse, messen Schulverwaltungen bei der Gewährung einer Unterrichtserlaubnis für diese Quereinsteiger mit zweierlei Maß. Hier brauchen die Schulen mehr Autonomie. Herr Stehli kann sich ei-

¹Verband deutscher Privatschulen

²An der Diskussion nahmen teil

- Für die CDU: Bildungsminister Marco Tullner (MdL)
- Für die SPD: Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle (MdL)
- Für B'90/Die Grünen: Wolfgang Aldag (MdL, bildungspolitischer Sprecher)
- Für DIE LINKE: Spitzenkandidatin Eva von Angern (MdL)
- Für die FDP: Spitzenkandidatin Dr. Lydia Hüskens
- Als Vertreter der freien Schulen: Dr. Dietrich Lührs (LAG), Jürgen Banse (VDP)

ne Verfahrensvereinfachung durchaus vorstellen. Weiter wird vorgetragen, dass die vom Land regelmäßig angebotene Verbeamtung von Lehrkräften ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für die freien Schulen sei, da diese Möglichkeit zwar nach dem Schulgesetz prinzipiell auch für Lehrkräfte an freien Schulen möglich ist, aber praktisch nie realisiert wird.

Verschiedene Diskutanten trugen vor, dass es wettbewerbsverzerrend und existenzgefährdend sein kann, dass in der Ersatzschulfinanzierung eine Beihilfe zu Baukosten nicht vorgesehen ist und in der Regel nicht gewährt wird. Die Schulträger sind durch die notwendige Aufnahme von Krediten oft über Jahrzehnte verschuldet. Freilich hat es, gerade in den Anfangsjahren des Landes Sachsen-Anhalt teilweise recht großzügige Bauförderungen im Einzelfall gegeben. Es ist jedoch nie gelungen, diese notwendige Unterstützung als einen Rechtsanspruch zu fixieren.

Eine ganze Anzahl freier Schulen sind weltanschaulich orientiert. Zum Teil sind die Kirchen, entsprechende Stiftungen oder Vereine Schulträger. Dieses ist in einem Land, in dem nur ca. 15% der Einwohner Mitglied einer christlichen Kirche sind, nicht selbstverständlich³. Christliche Eltern haben jedoch 1990 die Möglichkeit genutzt, der staatlich verordneten, atheistischen Indoktrination auch durch Eigeninitiative ein Ende zu bereiten. Freilich sind seit Anfang der 1990iger Jahre an allen Schulen im Land Sachsen-Anhalt Religions- und Ethikunterricht reguläre Unterrichtsfächer. Religionsunterricht und Ethikunterricht leisten einen wichtigen Beitrag zur Allgemeinbildung in unserer Gesellschaft. Staat und Kirchen verantworten den Religionsunterricht in gemeinsamer Abstimmung. Das Grundgesetz verankert den konfessionellen Religionsunterricht in Art. 7 Abs. 3 als „res mixta“, als „gemeinsame Sache“. Um sich in weltanschaulicher Hinsicht zu begrenzen, kooperiert der Staat in diesem Punkt mit den Religionsgemeinschaften. Kirchlich orientierte freie Träger können durch ihr je eigenes Schulprofil stärkere Akzente setzen. Hiervon machen sie regelmäßig Gebrauch, ohne nun selbst in den Fehler einer Bevormundung zu verfallen. Letztlich stimmen die Eltern „mit den Füßen“ ab, in welche Schule sie ihre Kinder schicken. Dr. Dietrich Lührs und Steffen Lipowski berichteten, dass ca. 50% ihrer Schülerinnen und Schüler konfessionslos seien. Diese christlich orientierten Schulen in freier Trägerschaft sind daher schöne Beispiele, in Fröhlichkeit, Unbefangenheit und ohne Bevormundung die frohe Botschaft zu leben und möglichst vielen Kindern und Eltern nahe zu bringen.

³<https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61562/kirche-nach-bundeslaendern>

Die Entscheidung für das eigene Leben müssen dann Eltern und Kinder selbst fällen. So ist es in einer pluralen Gesellschaft auch gewollt.

Jürgen Scharf

Vorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Kohlendioxid (CO₂) - Umweltgift oder Lebenselixier?

Anthropogen verursachter Anstieg der atmosphärischen CO₂ - Gehalte gilt in der Öffentlichkeit weithin als Ursache für die Erderwärmung, weswegen eine rasche Dekarbonisierung angestrebt wird. Andererseits ist Kohlenstoff ein Grundbaustein für die Lebenswelt. Nachfolgend wird dieser Problematik nachgegangen.

Einige Fakten zum CO₂

Kohlendioxid (CO₂) ist ein farb- und geruchloses Spurengas von großer praktischer Bedeutung. Es wird u. a. in der Getränke- und Lebensmittelindustrie und der Lasertechnik, als Lösch-, Kühl-, Kälte- und Düngemittel (Gewächshäuser) und zur Oberflächenreinigung genutzt. In der chemischen Industrie ist CO₂ ein wichtiger Grundstoff. Für den Menschen ist CO₂ normalerweise ungiftig. Bei höheren Konzentrationen (> 4 %, der 100fachen Normalkonzentration), wie sie in Höhlen oder Bergwerken, Jauchegruben oder unter Schutzmasken vorkommen können, behindert es die Sauerstoffaufnahme und kann Kopfschmerzen, bei längerer Einwirkung auch Bewusstlosigkeit auslösen. Neben Wasserdampf, Methan und Lachgas gehört CO₂ zu den sog. Treibhausgasen. Diese verhindern, dass die (durch die Sonne) aufgeheizte Erdoberfläche ihre Wärme ungehindert in das Weltall abstrahlt, weil sie (zeitweilig) einen Teil dieser Infrarotabstrahlung (3-70 Mikrometer Wellenlänge) absorbieren, dadurch die Temperatur der erdnahen Atmosphäre erhöhen und lebensfreundliche Erdtemperaturen ermöglichen. CO₂ absorbiert im Infrarot nur bei zwei schmalen Banden von 4,3 und 14,7 Mikrometern.

Anthropogenes CO₂ : Ursache der Erderwärmung?

Wenn man im Nachschlagewerk für Schule und Studium www.Biologie-Schule.de nach CO₂ sucht, liest man, dass es durch Verbrennung von Kohle, Diesel, Benzin, Erdgas, Holz oder Flüssiggas entsteht, es sich dabei in der Erdatmosphäre anreichert, was zu einer globalen Klimaerwärmung mit verheerenden Folgen für die Umwelt führt. (Leider erfährt man nicht, dass der überwiegende Teil der CO₂ -Emission natürlichen Ursprungs ist und die CO₂-Konzentration nur 0,04% beträgt.)



Prof. Dr. Wolfgang Merbach

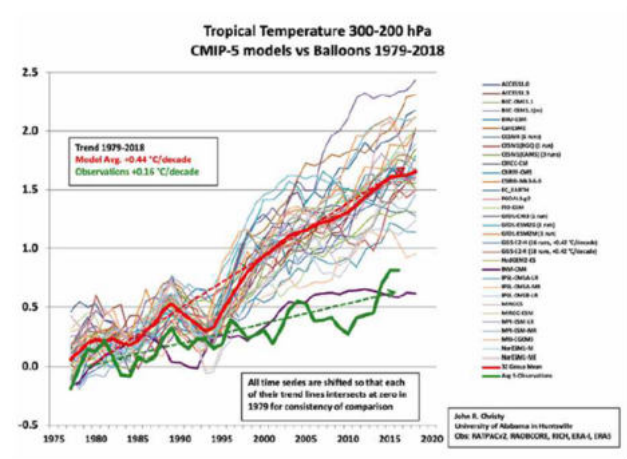


Abb. 1: Ergebnisse von 32 Computermodellen des IPCC für Temperaturverläufe in den Tropen. Die dicke rote Kurve ist deren Mittelwert. Im Vergleich dazu wurden in der dicken grünen Kurve die realen, durch Ballonmessungen gewonnen Daten eingetragen (Quelle: J.R. Christy, Alabama Universität, umgezeichnet und überlassen durch Prof. Dr. H.Schiele, Universität Twente in Enschede, aus 1)

Basis für diese Aussagen ist das vom Weltklimarat (IPCC) vertretene Modell, wonach das anthropogene CO₂ fast ausschließlich für die Erderwärmung verantwortlich ist (8, 14). Es wird eine rasche Dekarbonisierung (CO₂ -Nullemission (6, 14) und außerdem CO₂-Absaugung bzw.-Verklappung: DAC- bzw. CCS- Verfahren, vgl. 17) gefordert, sonst drohe eine Klimakatastrophe mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme. Inzwischen wird CO₂ in der Öffentlichkeit weithin als Killer- bzw. Schmutzgas oder Umweltgift bezeichnet (z. B. EU-Kommission, 16. 7. 2019).

Aus naturwissenschaftlicher Sicht ist diese Einschätzung nicht gerechtfertigt:

Erstens bestehen in der Fachwelt erhebliche Zweifel an einer starken CO₂ - Klimasensitivität (definiert als Anstieg der mittleren Globaltemperatur bei Verdopplung des atmosphärischen CO₂-Gehaltes (8)). Dies geht aus vielen wissenschaftlichen Publikationen (1, 4, 13, 18) und mehr als 30 Resolutionen hervor, die tausende Wissenschaftler, darunter auch Nobelpreisträger, unterzeichneten (10). Diese Zweifel gehen u. a. auf folgende Befunde zurück (Lit. bei 4, 12, 13, 18).

- In der Erdgeschichte gab es trotz oft viel höheren CO₂-Konzentration Eiszeiten
- Die anthropogenen CO₂-Emissionen betragen 5 – 6 % der CO₂- Gesamtmissionen. Maximal verbleiben 2 % in der Atmosphäre.
- Die Klimasensitivität des CO₂ wurde bislang weder experimentell noch physikalisch- ausreichend genau bestimmt. Die Angaben schwanken zwischen 0,4 und 1,10 C. Sie sind viel zu niedrig, um die Temperaturprognosen des IPCC von bis 4,50 und mehr zu rechtfertigen. Lediglich durch die Einführung umstrittener, nicht experimentell gestützter Rückkopplungsfaktoren von Wasserdampf und Wolken kommt der IPCC zu diesen Werten
- Bei einer Konzentration von 0,04 % CO₂ sind die für die Infrarot-Absorption relevanten Banden von 4,3 und 14,7 Mikrometer schon weitgehend gesättigt (1).
- Neue Modellierungen des MPI für Meteorologie Hamburg sagen für die nächsten 30 Jahre eine Erwärmungspause voraus (11).
- Die auf Basis der CO₂ - Konzentrationen berechneten Temperaturvoraussagen liegen viel höher als die realen Messungen (J. R. Christy, Leitautor und Prereviewer des IPCC, vor dem Ausschuss für Wissenschaft, Weltraum & Technologie der USA, vgl. Abb. 1))

Zweitens ist Kohlenstoff als der neben Wasser wichtigste Baustoff für fast alle Organismen unentbehrlich, weswegen die CO₂- Konzentration nicht nach Belieben

reduziert werden kann.

CO₂ als Grundlage pflanzlicher Stoffbildung - Grenzen der Dekarbonisierung?

In der Photosynthese bzw. CO₂-Assimilation bilden grüne Pflanzen aus CO₂ und Wasser mit Hilfe der Sonnenenergie unter Freisetzung von Sauerstoff (den Mensch und Tier für die Atmung brauchen) Kohlehydrate. Diese sind Ausgangsstoffe für weitere Grundsubstanzen (z. B. Eiweiße, Nukleinsäuren) der Pflanzen. (4, 15). Diese sind die Nahrungs- und Energiegrundlage für alle heterotrophen Organismen, zu denen auch der Mensch gehört. Das bedeutet, dass es ohne CO₂ kein Leben auf der Erde gäbe und für die Sicherung der Welternährung ausreichende atmosphärische CO₂-Konzentrationen erforderlich sind. 0,04 % CO₂ sind für die Pflanzen nicht optimal. Sie sinken in dichten Pflanzenbeständen bei Windstille oft unter 0,01% ab. CO₂ wird bei dieser Konzentration zumindest bei C3-Pflanzen (zu denen fast alle unsere Kulturpflanzen zählen) zum Minimumfaktor, weil diese bei CO₂ - Konzentrationen zwischen 0,025 und 0,01% je nach Licht- und Temperaturbedingungen ihre Nettostoffbildung einstellen (15). Nur C4-Pflanzen (Mais, Hirse) können geringere CO₂-Konzentrationen verwerten. In Gewächshäusern wird deshalb zusätzlich CO₂ zugeführt, um tagsüber CO₂-Konzentrationen von ca. 0,1 % zu gewährleisten und dadurch Wachstum und Ertrag zu steigern. Offensichtlich besteht also ein Zielkonflikt zwischen Dekarbonisierung und Ernährungssicherung der wachsende Weltbevölkerung.

CO₂-Anstieg und Vegetation

Der Anstieg der atmosphärischen CO₂-Konzentration um ca. 0,01% seit 100 Jahren führte weltweit zu erhöhtem Pflanzenwachstum. Das zeigen mehrere satellitengestützte Megastudien (Lit. bei 13). Die globale Vegetationsdecke erhöhte sich um ca. 11-14%, was zu ca. 70% dem gestiegenen Luft-CO₂-Gehalt zugeschrieben wird. Dieser Zuwachs entspricht einer Fläche, die doppelt so groß wie die USA ist, und betrifft laut Abschnitt A 2.3 des letzten IPCC - Berichtes alle Erdteile und Ökosysteme. Hervorzuheben ist auch das Ergrünen der ariden Gebiete wie der Sahelzone (2) südlich der Sahara (das sog. Sahelwunder), deren Pflanzendecke in den letzten 30 Jahren um 8 % wuchs.

Obwohl die Dezimierung tropischer Regenwälder (Palmöl- und Sojaversorgung Europas und Chinas) weiter andauert, stieg seit 1982 der globale Baumbestand netto um ca. 7,1 %, wobei davon dem CO₂-Düngungseffekt bzw. Klimawandel 40% und direkten menschlichen Aktivitäten 60% zugemessen werden.

Ertragszuwachs bei erhöhtem CO₂-Angebot

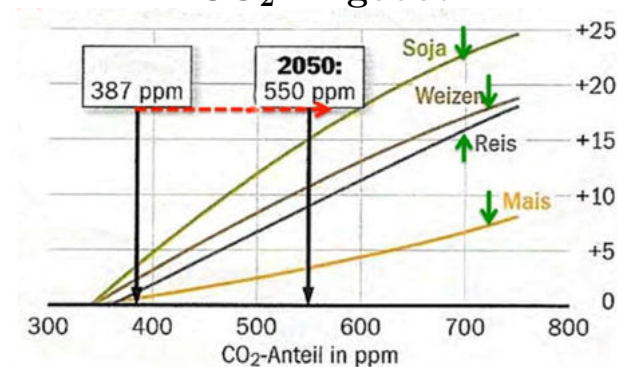


Abb. 2: Einfluss der CO₂-Konzentration (0,035 bis 0,055%) auf die relativen Erträge verschiedener Fruchtarten (Simulationsanalysen von Perry et al., aus 1).

Eine experimentell kontrollierte Anhebung des Luft-CO₂-Gehaltes (meist von 0,035 auf 0,055 %) ergab bei verschiedenen Kulturpflanzen und Feldbedingungen Ertragszuwächse von 10 bis über 30% (9). Dazu liegen weltweit eine kaum noch übersehbare Zahl von CO₂-Steigerungsversuchen sowie zahlreiche Megastudien vor (Lit. bei 13), so dass diese Ertragssteigerungen als gesichert gelten können. Ein Beispiel dafür findet sich in Abb. 2. Erwartungsgemäß waren die Zuwächse bei C3 - Pflanzen (Weizen, Reis, Soja) stärker ausgeprägt als bei der C4-Pflanze Mais.

Es lässt sich feststellen (Anbauflächen für das Anbaujahr 2019/20 (16)): Von den wachsenden CO₂-Konzentrationen profitieren die weltweit wichtigsten Nahrungs- und Futterkulturen Weizen (217 Mio. ha Anbaufläche), Reis (161 Mio. Anbaufläche), Mais (allerdings nur unter Trockenstressbedingungen) (192 Mio. Anbaufläche) und Sojabohne (123 Mio. Anbaufläche). Deren Erträge sind von 1990 bis 2019 erheblich angestiegen (Mais auf 300%, Reis auf 251%, Soja auf 244% und Weizen auf 328% des Ertrages von 1990 (7). Dies dürfte u. a. dazu beigetragen haben, den chronischen Hunger in der sog. 3. Welt trotz fortwährenden Bevölkerungswachstums (Stand 2019) deutlich zu mildern.

Diese CO₂-bedingten Ertragszuwächse beruhen auf einer Steigerung der Photosyntheseleistung. Sie unterliegen in Abhängigkeit von Pflanzenart (vgl. Abb. 2) Wasserversorgung und Nährstoffangebot (vor allem von N und P) großen Schwankungen. Voraussetzungen für die Ausnutzung des CO₂ - Düngereffekts sind daher ausreichende Nährstoff- und Wasserversorgung, wobei ein ansteigendes CO₂ - Angebot infolge geringerer Spaltöffnungsweite zu einer effektiveren pflanzlichen Wassernutzung beiträgt. Dadurch wird auch erklärbar, dass der globale Biomassezuwachs von 1981

bis 2011 ohne zusätzlichen Wasserverbrauch vonstaten ging (3).

Einfluss erhöhter CO₂-Konzentrationen auf die Qualität des Ernteguts

Es gibt Befunde, dass der CO₂-bedingte Ertragszuwachs mit Qualitätsabsenkung (Verringerung der Nährstoffgehalte) des Ernteguts einhergehen kann, was auch in Pressemeldungen (5) aufgegriffen wurde („Hungern mit vollem Magen“, „Schwund“ von Nährstoffen). Nähere Analysen zeigen, dass dies durch sog. Verdünnungseffekte (mehr Stoffbildung bei gleich bleibendem Nährstoffangebot) oder schlechter Nährstoffverfügbarkeit im Boden bzw. unzureichender Düngung (besonders Stickstoff und Phosphor) verursacht wird. Dies lässt sich durch ein angepasstes Düngungsmanagement und die Züchtung von trocken-toleranten Sorten mit effektiver Nährstoffverwertung kompensieren.

Schlussfolgerungen

Das atmosphärische Spurengas CO₂ ist für Mensch und Tier ungiftig. Sein durch den Menschen verursachter Konzentrationsanstieg von 0,03 auf 0,04 % wird von den Modellen des Klimarats für die derzeitige Erderwärmung verantwortlich gemacht, was von vielen experimentell ausgerichteten Wissenschaftlern bezweifelt wird. Unbestritten ist jedoch, dass CO₂ zusammen mit Wasser die Grundlage für das irdische Leben und daher ein Lebenselixier und kein Schmutzgas ist. Der steigende atmosphärische CO₂-Gehalt hat zur weltweiten Vegetations- und Ertragszunahme und Erhöhung der Wassernutzungseffizienz geführt. Dies könnte zur Sicherung der Nahrungsproduktion für die wachsende Weltbevölkerung beitragen. Eine rigorose Dekarbonisierung würde diese Ziel infolge unzureichender Pflanzenproduktion gefährden.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach
Mitglied des EAK-Landesvorstandes

Quellen: Auf die Auflistung aller Literaturquellen wird verzichtet, sondern nur auf einige vertiefende bzw. zusammenfassende Arbeiten verwiesen.

- (1) Bennert, W. et al. (2020): Kann der Mensch das „Klima retten“? 5. erweiterte Auflage, Kaleidoscriptum-Verlag, Erfurt.
- (2) Bernsdorf, J. (2019): Bild der Wissenschaft 12, 14–25
- (3) Cheng, L. et al. (2017): Nature Communications 8, 110. <http://doi.org/10.1038/s41467-017-00114-5>

- (4) Dahm, K. P., (2015): Der heutige Klimawandel. Verlag Dr. Köster, Berlin.
- (5) Dworschak, M. (2017): Hungern mit vollem Magen, Spiegel 42, 14.10.2017.
- (6) EKD (2009): Umkehr zum Leben. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh.
- (7) FAOSTAT Crops (2020): <http://www.fao.org/faostat/en/#data/QC>
- (8) IPCC (2015): Climate Change 2014 – Synthesis Report. Intergovernmental Panel on Climate Change, Geneva, Switzerland, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf.
- (9) Kimball, B. A. (2016): Current Opinion in Plant Biology 31, 36–43.
- (10) Klarsicht Information (2019): <https://www.vernunftekraft-odenwald.de/wp-content/uploads/2019/10/Es-gibt-keinen-Konsens-Version-3-KLARSICHT>
- (10) Klarsicht Information (2019): <https://www.vernunftekraft-odenwald.de/wp-content/uploads/2019/10/Es-gibt-keinen-Konsens-Version-3-KLARSICHT-Information-f%C3%BCr-politische-Entscheidungsstr%C3%A4ger-Nr.-1.pdf>.
- (11) Maher, N. et al. (2020): Environmental Research Letters 15, 054014
- (12) Merbach, W.: EAK-Rundbrief 2016, Sonderheft Bauernbund 2019
- (13) Merbach, W. et al. (2020): Die Bodenkultur 71, 229–239, 2020.
- (14) Schellnhuber, H. J. (2015): Dann hausen wir in Mondstationen. Spiegel 45, 127
- (15) Schilling, G. (2000): Pflanzenernährung und Düngung. Verlag Ulmer, Stuttgart
- (16) STATISTA (2020): Getreideertrag pro Hektar Anbaufläche der wichtigsten Getreidearten weltweit in den Jahren 1993/94 bis 2018/2019. <https://de.statista.com/>
- (17) Tenhake, L. (2021): [quarks.de/Umwelt/Klimawandel/CO2 Speicher als ein Baustein für die Klimaziele](https://quarks.de/Umwelt/Klimawandel/CO2-Speicher-als-ein-Baustein-f%C3%BCr-die-Klimaziele)
- (18) Vahrenholt, F., Lüning, S. (2020): Unerwünschte Wahrheiten. 2. Auflage, Langen-Müller-Verlag München.

Mit Kindern (vor)lesen Traditionelle Weisheit – Bildungsgut!

In der Menschheitsgeschichte hatten Geschichten schon früh eine wichtige Funktion. In Geschichten wurden Weisheiten und Erfahrungen verarbeitet und die gebundene Form in Versen sicherte in vorschrittlichen

Zeiten ihre Memorierbarkeit. In Epen und Liedern erzählten sich die Menschen von ihrer Herkunft und ihrem Ursprung, eingeschrieben war dem immer auch ein tiefes Wissen über das Sein und seinen Grund. Damit verwiesen diese Geschichten immer auch auf die Gegenwart: Wer bin ich? Wo komme ich her und was macht mich zu dem, was ich erlebe? Was ist richtig? Was ist gut? Das sind elementare Fragen, die lange Zeiten in Geschichten vermittelt und tradiert wurden.



Michael Ritter Foto: Tobias Ritter

Auch die zunehmende Alphabetisierung und der Ausbau der Wissenschaften im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung und Aufklärung hat die Bedeutung der Geschichten nur vermeintlich zurückgedrängt. Auch heute noch sind wir fasziniert von außergewöhnlichen Schicksalen und auch heute noch erkennen wir im Erleben einzelner Menschen einen Ausdruck allgemeinerer Prinzipien des Daseins: Nicht umsonst blüht der Markt an schriftlichen und audiovisuellen Geschichten in Literatur und Film und in jeder Rhetorikusbildung ist zu lernen, dass komplizierte Sachverhalte am besten in einer Geschichte verpackt zu erklären sind.

Auch in der Erziehung von Kindern nehmen Geschichten und andere literarische Formen einen herausragenden Platz ein. Von früh an werden für und mit Kindern Lieder gesungen, werden Kniereitverse und Sprachspiele gespielt, Gedichte aufgesagt und auch Bilderbücher gibt es bereits für die Kleinsten; dann auch mit bissfesten Seiten und aus schadstofffreiem Material. Die meisten Kleinkinderzimmer (in bildungsinteressierten Familien) weisen neben allerlei Spielzeug

mindestens auch ein Bücherfach auf, in dem sich neben den Bilderbuchklassikern wie *Der kleine Angsthase* (Elizabeth Shaw, 1963), *Das kleine Blau und das kleine Gelb* (Leo Lionni, 1962), *Die kleine Raupe Nimmersatt* (Eric Carle, 1969), *Wo die wilden Kerle wohnen* (Maurice Sendak, 1963) und *Der Gruffelo* (Julia Donaldson/ Axel Scheffler, 1999) auch eine Version der Grimm'schen Märchen findet. Und nicht umsonst greift auch die christliche Erziehung von Kindern auf die anschaulichen Geschichten der Bibel zurück, an denen das Leben der Menschen im Alten und Neuen Testament und ihre Erfahrungen mit dem Handeln Gottes in dieser Welt veranschaulicht werden können. Bewusst oder unbewusst wird Geschichten auch heute noch viel zugetraut. Sie haben die Kraft, zu faszinieren. In ihnen erweitert sich der persönliche Horizont, werden wir mit besonderen Erlebnissen konfrontiert, werden wir herausgefordert, uns schwierigen Entscheidungen auszusetzen und sie stellvertretend für die Handlungsträger zu durchdenken. Geschichten führen hinein in verzweifelte Lagen, machen betroffen und beteiligt, aber sie führen in der Regel auch wieder hinaus aus diesem Dunkel, sie bieten Hoffnung und beispielhaftes Verhalten an, sie geben Orientierung und vermitteln Normen und Werte der Kulturen, denen sie entstammen. Geschichten sind ein wichtiger Rahmen für die Erziehung und fester Bestandteil frühkindlicher Bildung.

Lesen in Zeiten medialer Veränderungen

Es versteht sich von selbst, dass Kinder vor dem Schuleintritt noch nicht allein Geschichten lesen können, und so hat das Vorlesen von Geschichten durch eine erwachsene Bezugsperson – traditionell in der Regel die Mutter – seit mindestens 200 Jahren als wichtige Praxis in der bürgerlichen Familienkultur einen festen Platz eingenommen. Während dieser gemeinsame und von einer starken Intimität und körperlichen Nähe geprägte Akt lange Zeit weitgehend konkurrenzfrei war, haben die technischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte hier neue Möglichkeiten aufgetan: Kinder können Geschichten als Filme im Fernsehen oder im Internet betrachten, Hörspiele und ausgefeilte Kombinationen aus Spielzeug und Datenträger, wie die aktuell bei Kindern ausgesprochen populären Tonies[®], machen eine anwesende Bezugsperson als Lesevermittler überflüssig und Bilderbuch-Apps regen eine selbstständige aktive Lektüre an, in der das Geschichtenerleben und Spielen fließend ineinander übergehen. Es macht keinen Sinn, diese Entwicklungen zu beklagen und es gibt dazu auch wenig Grund, denn mit dieser Entwicklung ist die traditionelle Buchliteratur nicht überflüssig geworden – nur wird der Markt an Angeboten für Kinder vielfältiger. Mit

ca. 9000 jährlichen Neuerscheinungen ist das Angebot der deutschsprachigen Kinder- und Jugendbücher heute breiter und produktiver denn je und ein Ende der tradierten Schrift- und Lesekultur ist nicht in Sicht. Auch das klassische Papierbuch erfreut sich einer großen Wertschätzung. Dennoch lohnt es sich, die Veränderungen auf dem Buchmarkt auch kritisch zu betrachten und einzuordnen, und nach der Bedeutung der tradierten Formen einer frühen Literaturvermittlung in einer sich wandelnden medialen Gesellschaft zu fragen. Denn welche Bedeutung kommt diesem traditionellen Medium und der Praxis des Vorlesens noch zu, wenn doch audiovisuelle und digitale Medien viel leichter, schneller und vielleicht sogar eindrucksvoller Zugang zu literarischen Welten bieten können?

Erfolgreiches Vorlesen – aber wie?

Seit Jahren steht der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg im Blickfeld der empirischen Bildungsforschung, immer wieder wird darauf verwiesen, dass gerade Kinder aus bildungsinteressierten Elternhäusern erfolgreicher in der Schule sind. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig, eine zentrale Rolle dabei nimmt aber der frühe Spracherwerb ein, der eine wichtige Grundlage für das Lesen und Schreiben in der Grundschule darstellt. In diesem Zusammenhang wird immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass Kindern von früh an vorgelesen wird. Doch warum sollte das wichtig sein und ist ein solches Pauschalurteil tatsächlich gerechtfertigt?

Es gibt viele gute Gründe für das traditionelle Vorlesen, lohnenswert ist aber auch ein Blick auf die Ausprägung von Vorleseritualen. Hier kommt eine Studie der Berliner Leseforscherin Petra Wieler zu spannenden Befunden¹. Auch wenn diese Ergebnisse bereits seit fast einem Vierteljahrhundert vorliegen, haben sie noch viel zu wenig Eingang in die Elternbildung gefunden. Denn Wieler untersuchte anhand aufwendiger Verlaufsanalysen Vorleserituale in Familien. Und sie untersuchte diese Gespräche in Abhängigkeit von der sozialen Schichtzugehörigkeit. Dabei stellte sie fest, dass eher höher gebildete Eltern gar nicht unbedingt mehr vorlesen, dass sie beim Vorlesen jedoch ganz anders mit ihren Kindern umgehen als Eltern mit einem niedrigeren Bildungsgrad. Erstere praktizierten eher ein gemeinsames Lesen, bei dem die Kinder ständig aktiv in die Lektüre einbezogen wurden: durch Anforderungen, bestimmte Elemente der Geschichte in den Bildern der Bilderbücher zu zeigen (Kannst du Rotkäppchen sehen?), durch Fragen zum Handlungsverlauf (Was ist denn hier passiert?), durch die Anforderung zu überlegen, wie die Geschichte weitergehen

könnte (Was meinst du, was nun geschieht?) und durch konkrete Fragen nach der eigenen Meinung zum Geschehen (Findest du das richtig, dass Rotkäppchen die Blumen pflückt?) etc. So wurde diesen Kindern nicht einfach nur passiv vorgelesen, sondern sie wurden aktiviert, zum eigenen Sprechen, Nachdenken und Stellungnehmen herausgefordert. Hier gab es starke Unterschiede zu den Vorleseritualen in eher bildungsfernen Familien, in denen das Lesen selbst zwar oft auch einen festen Platz hatte, in denen die Kinder aber viel passiver nur Zuhörer waren und weniger von den Eltern zur aktiven „Mitarbeit“ an der Buchlektüre herausgefordert wurden.

Bedenkt man die starken Zusammenhänge von Herkunft und Bildungserfolg vor diesem Hintergrund, kann man – sicherlich vereinfacht – einige Überlegungen zur oben aufgeworfenen Frage nach der Bedeutung des Vorlesens für die frühkindliche Entwicklung ableiten.

Fazit

Vorlesen ist und bleibt ohne Zweifel wichtig. Geschichten sind für Kinder ein wichtiges Medium für soziales und kulturelles Lernen. Viel wichtiger als die Frage, ob ein traditionelles Papierbuch oder ein neuartiges digitales Bilderbuch gelesen wird, ist dabei jedoch, wie gelesen wird. Eltern sollten beim Vorlesen darauf achten, dass Kinder dem Gelesenen aktiv folgen. Sie sollten mit ihren Kindern über das Gehörte ins Gespräch kommen, gelesene Episoden nacherzählen lassen und sie gemeinsam weiterdenken. Die an die konkrete Lektüre anschließende Kommunikation über die Geschichte ist für deren Verständnis und den Aufbau solider Sprachfähigkeiten und die Vorbereitung einer erfolgreichen Lesekompetenzentwicklung von großer Bedeutung. Dazu gehört auch, die Phantasie als Medium für das eigenständige Denken durch das Hineinversetzen in die Situationen und handelnden Figuren der Geschichten anzuregen und weiterzuentwickeln. Beiläufig erweitert das auch den aktiven Wortschatz der Kinder, ihre sprachlichen Ausdrucks- und Diskursfähigkeiten und sie werden vertraut mit der literarischen Sprache der Bücher, die von grundlegender Bedeutung für die schulische Bildung ist. Kinder profitieren enorm von einem solchen aktiven Vorlesen. Dabei sollte das Vorleseritual aber immer auch Freude bereiten, ein Moment der Nähe und Geborgenheit sein, eine ungeteilte Zeit von Eltern und Kindern. Neue Medien zur selbstständigen Lektüre können eine gute Ergänzung zu solchen Prozessen bieten, sie können die Eltern als Mitlesende aber niemals ersetzen. Das sollte Eltern bewusst sein.

Dr. Michael Ritter ist Professor für Grundschuld- daktik Deutsch/Ästhetische Bildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

¹Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Petra Wieler: Vorlesen in der Familie. Fallstudien zur literarisch-kulturellen Sozialisation von Vierjährigen. Weinheim: Juventa, 1997.

Zugehörigkeit zur Kirche:

Wer ist wo Mitglied?

Christ*innen in Deutschland¹

„Es ist die Kirche mit ihren Mitgliedern, die die wunderbare Botschaft des Evangeliums durch die Zeiten trägt.“ (Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Rates der EKD)

Bevölkerung insgesamt, Stand 31.12.2020	83.155.000
Angehörige der Evangelischen Kirche in Deutschland, Stand 31.12.2020	20.236.000
Angehörige der evangelischen Freikirchen in Deutschland, div. Stände ²	297.000
Angehörige der römisch-katholischen Kirche, Stand 31.12.2020	22.193.000
Angehörige der orthodoxen Kirchen, div. Stände	1.543.000
Angehörige anderer christlicher Kirchen, div. Stände ³	392.000
Angehörige anderer christlicher Gemeinschaften, div. Stände ⁴	200.000
Christ*innen	44.861.000

²Mitglieds- und Gastmitgliedskirchen der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF).

³Mitglieds- und Gastmitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK).

⁴Angehörige neuer christlicher Gemeinschaftsbildungen. Die Angaben wurden von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) geschätzt.

Deutschland ist nach wie vor ein christlich geprägtes Land. Ende 2020 gehörten 54,0 Prozent der Bevölkerung einer christlichen Kirche an. Die evangelische Kirche ist durch die Reformation entstanden und versteht sich als Zweig der weltweiten Christenheit. Zur Evangelischen Kirche in Deutschland zählen 20,2 Millionen Menschen. Die Römisch-Katholische Kirche verzeichnet 22,2 Millionen Mitglieder. Daneben sind vor allem die orthodoxen Kirchen und die diversen Freikirchen von Bedeutung.

Mitglied einer Kirche wird man durch die Taufe. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts gehörten nahezu alle Deutschen einer christlichen Kirche an. Später gab es in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen wiederholt

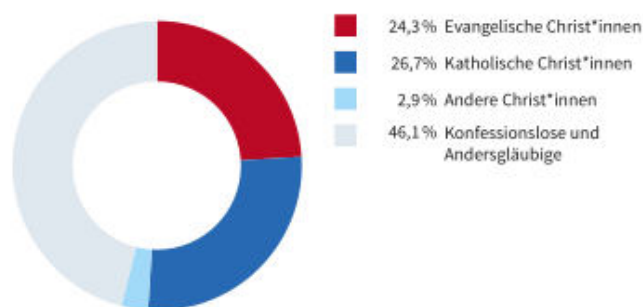
größere Austrittsbewegungen, so in der Weimarer Republik, während der NS-Diktatur, aber auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands Anfang der 1990er Jahre. In der DDR hatte oft politischer Druck zu Kirchenaustritten geführt; Taufen von Kindern unterblieben. Bis heute ist die kirchliche Bindung in West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich ausgeprägt. Gegenwärtig sinken die Kirchenmitgliederzahlen bundesweit, zum einen aufgrund der demographischen Entwicklung, zum anderen, weil viele aus der Kirche austreten und weniger getauft werden.

Die Anteile der Konfessionslosen und der Angehörigen anderer Religionen sind in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland gestiegen. Gleichwohl haben sich im ganzen Land volkswirtschaftliche Strukturen erhalten. In Bildung und Erziehung, ebenso bei der Kultur und den sozialen Diensten spielen die Kirchen eine bedeutende Rolle. Die christliche Sozialethik leistet nach wie vor einen wesentlichen Beitrag zur humanen Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist und bleibt selbst da, wo sie eine Minderheit bildet, eine Kirche für das ganze Volk.

Quelle: EKD, Gezählt 2021, Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben²

Mehr Zahlen und Fakten unter https://www.ekd.de/stat_kimi

Religionszugehörigkeit in Deutschland



**Dem Herrn,
eurem Gott,
sollt ihr
folgen...**

5. Mose 13,5

¹Die gewählte Rechtschreibung ist die der zitierten Quelle

²<https://www.ekd.de/gezaehlt-2021-zahlen-und-fakten-zur-ekd-6-htm>

Kinderliteraturtipp



Verraten, Hamburg: Dressler, 2020
ISBN: 978-3-7915-0164-2
Preis: 12,00 €, 336 Seiten
Altersempfehlung: ab 14 Jahre

schnitt, der jedoch anschaulich und eindrücklich wirkt. Das gelingt nicht nur aufgrund der spannenden Handlung, sondern auch aufgrund der mehrperspektivischen Erzählweise. Es erzählen im Wechsel Katja als Ich- und Sebastian als personaler Er-Erzähler. Die Handlungsführung ist dadurch eng an die beiden Protagonisten gebunden, was sich auch in der Verwendung einer sachlichen, aber jugendgemäßen Sprache widerspiegelt. Sicherlich hat die DDR mehr Facetten gehabt, als dieses Buch zu thematisieren vermag. Es kann jedoch ein Puzzleteil sein, bei dem Versuch, eine Vorstellung dieser vergangenen Epoche zu entwickeln.

Der Jugendroman überzeugt aufgrund seiner dichten Erzählung, seiner authentischen Handlungsgestaltung und der hoffnungsvollen Perspektive, die bei aller Trauer und allem Entsetzen doch am Ende die Oberhand gewinnt, ohne unrealistisch zu vereinfachen.

Prof. Dr. Michael Ritter

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Prof. Dr. Michael Ritter, Jürgen Scharf, Stephen Gerhard Stehli MdL, Pastor Matthias Viertel

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: September 2021

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.